



Interviews

24. Juni 2024

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Agnes Strack-Zimmermann

Dirk-Oliver Heckmann: Seit dem tödlichen Messerangriff auf einen Polizeibeamten in Mannheim hat die Debatte um Migration in Deutschland heftig an Fahrt gewonnen. Zunächst stand die Frage im Raum, ob man Straftäter und Gefährder nicht in ihr Land zurückschicken sollte, auch wenn es sich dabei um Afghanistan oder Syrien handelt. Der Kanzler hat sich hier eindeutig positioniert. Als nächstes kam die Forderung, abgelehnte Asylbewerber auch in derartige Länder abzuschieben. Aber auch die ukrainischen Flüchtlinge befinden sich in der Diskussion. Da kam die Forderung auf, Männer im wehrfähigen Alter in die Ukraine zurückzuschicken, damit sie sich dem Kriegsdienst nicht entziehen. Dann wurde gefordert, die Flüchtlinge aus der Ukraine aus dem Anspruch auf Bürgergeld herauszunehmen, damit sie stärker motiviert sind, eine Arbeit anzunehmen. Der jüngste Vorschlag kommt jetzt von CSU-Landesgruppenchef Dobrindt. Er teilte der „Bild“-Zeitung mit: „Über zwei Jahre nach Kriegsbeginn muss der Grundsatz gelten, Arbeitsaufnahme in Deutschland oder Rückkehr in sichere Gebiete der West-Ukraine.“

Darüber können wir jetzt sprechen mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP. Sie war Spitzenkandidatin der europäischen Liberalen bei der Wahl zum Europäischen Parlament, ist als eine von fünf gewählten FDP-Abgeordneten im EU-Parlament. Guten Morgen, Frau Strack-Zimmermann.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Frau Strack-Zimmermann, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Dirk Wiese, sagte als Reaktion auf den Vorschlag von Dobrindt, die CSU sollte sich was schämen und am besten gleich das C aus dem Parteinamen streichen. – Wie finden Sie den jüngsten Vorschlag von Dobrindt?

Strack-Zimmermann: Der ist ja nicht neu. Herr Merz, der Fraktionsvorsitzende, hat ja seinerzeit von Sozialtourismus gesprochen. Dafür hat er sich entschuldigt.

Heckmann: Er hat es zurückgenommen und sich dafür entschuldigt.

Strack-Zimmermann: Genau. – Offensichtlich sind seine Jungs, Bilger, Dobrindt und Herr Frei, jetzt mal von der Kette gelassen, um mal auszutarieren, was kann man eigentlich noch sagen, ohne dass es eine Erregung gibt.

Das Tragische daran ist ja, dass letztendlich sich damit die CDU/CSU anfängt, von den ukrainischen Flüchtlingen, von dem Krieg in der Ukraine Stück für Stück langsam zu distanzieren. Das finde ich – und ich will das gar nicht an dem C festmachen – grundsätzlich gespenstisch. Wir dürfen nicht vergessen: Das ist ja genau das, auf was Putin zielt, dass wir hier keine Nerven mehr haben, dass wir diskutieren und dass wir hier langsam auch ukrainische Flüchtlinge, die aus der Ukraine gekommen sind, weil sie um ihr Leben bangen mussten, dass wir gegen die auffahren. Und ich muss sagen, das ist schon gespenstisch.

Heckmann: Gespenstisch, sagen Sie. Das heißt, Sie halten von der Alternative „entweder die Geflüchteten nehmen eine Arbeit auf in Deutschland, oder sie sollten in sichere Gebiete in der West-Ukraine zurückkehren“, davon halten Sie nichts?

Strack-Zimmermann: Ich weiß nicht, ob Herr Dobrindt außer seinem CSU-Land die Ukraine auch schon mal gesehen hat. Es gibt keine Ecke mehr in der Ukraine, die sicher ist. Die Raketen Putins schlagen auch bis Lviv, bis an die äußerste polnisch-ukrainische Grenze ein und insofern das zu unterstellen, wenn ich das mal etwas deutlich sagen darf, da sitzen die Jungs im Warmen und diskutieren darüber, was in der Ukraine geht und was nicht geht, und ich empfehle dringend, dort hinzureisen, um zu sehen, welche Tragödien sich dort abspielen. Da wird gemordet, da wird vergewaltigt, da werden Kinder verschleppt, da werden auch Kinder gefoltert. Ich finde es schon bizarr, aus der Wärme heraus das zu beurteilen.

Das andere Thema, wenn Sie mir erlauben, Herr Heckmann, ist die Frage über das Bürgergeld.

Heckmann: Da kommen wir gleich zu. Ganz kurz, Frau Strack-Zimmermann, ich möchte eine Frage noch dazwischenschieben, wenn Sie erlauben, denn es ist ja nun auch so, dass der ukrainische Präsident Selenskyj selbst ein Interesse daran haben dürfte, dass Männer im wehrfähigen Alter in die Ukraine zurückkehren, um das Land zu verteidigen, oder?

Strack-Zimmermann: Die Ukraine hat ja schon reagiert. Erst mal möchte ich nicht darüber urteilen, um das klarzumachen, dass Menschen das Land verlassen aus Angst vor einem Krieg. Das ist das eine. Wie gesagt, wir sitzen hier im Warmen und können darüber diskutieren, was geht und was geht nicht. Daran werde ich mich definitiv nicht beteiligen.

Tatsache ist aber, dass bereits für die Ukrainer, die das Land verlassen haben – sie dürfen es nicht mehr verlassen -, die Möglichkeit, einen Pass zu verlängern in den Generalkonsulaten in Deutschland, nicht mehr möglich ist. Das heißt, die Betroffenen müssen in die Ukraine zurückkehren. Das ist eine sehr massive Maßnahme und das werden letztlich die Ukrainer mit ihrem Präsidenten alleine ausmachen müssen. Ich werde mich an dieser Diskussion nicht beteiligen, vor allen Dingen nicht, wenn ich im Warmen sitze und sehe, was in diesem Land seit zweieinhalb Jahren passiert.

Heckmann: Dann widmen wir uns mal dem Problem Bürgergeld. Darauf wollten Sie gerade auch schon mal eingehen, Frau Strack-Zimmermann. Der Vorschlag von Alexander Dobrindt verweist auf ein Problem, dass die Zahl der Ukrainer, die einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, in Deutschland viel niedriger ist als in anderen Ländern wie zum Beispiel in den Niederlanden. Das liegt wohl auch daran, dass vom ersten Tag an Bürgergeld gezahlt wird, sagt jedenfalls der eine oder andere. Ihr Generalsekretär von der FDP, Bijan Djir-Sarai, hat selbst vorgeschlagen, dass neu ankommende Kriegsflüchtlinge statt Bürgergeld Asylbewerberleistungen bekommen. Das heißt: Der Vorwurf, den Sie erheben, dass man auf dem Rücken der Flüchtlinge aus der Ukraine Politik macht, der trifft Sie selbst.

Strack-Zimmermann: Nein, das trifft uns nicht. Das eine ist, um das mal richtig einzuordnen: Das Bürgergeld wurde seinerzeit gewährt, weil 16 Regierungschefs, alle Chefs der Regierungen im Land, und da sind auch CDU-Leute und CSU-Leute beteiligt, auch Herr Söder übrigens, gesagt haben, dass jeder, der aus der Ukraine kommt und seinerzeit kam – wir dürfen nicht vergessen, wir reden von ungefähr einer Million von sechs Millionen Flüchtlingen, die nach Deutschland kamen -, dass jeder einzelne einen Asylantrag beim Bundesamt für Migration hätte stellen müssen. Um das zu verhindern, diese unvorstellbare Menge – das hätte ja jedes Amt in die Knie gezwungen -, hat man ihnen den subsidiären Schutz angeboten, weil sie den sowieso bekommen haben, weil sie aus einem Krieg geflohen sind.

Heckmann: Im Zuge der Massenzustrom-Richtlinie. Das war eine Entscheidung auch auf europäischer Ebene.

Strack-Zimmermann: Genau!

Heckmann: Aber es ist ja noch mal eine andere Frage, ob man ihnen Bürgergeld gibt.

Strack-Zimmermann: Nein, nein! Das muss man jetzt schon mal einordnen, weil das waren die Regierungschefs. Daran war auch CDU und CSU beteiligt. Und es gibt auch entsprechende Protokolle im Bundestag, ich saß mit dabei, dass der Bundestag das begrüßt hat, um das Verfahren zu vereinfachen. Das ist erst mal das eine. Das heißt, die CDU hat das explizit (und die CSU) begrüßt.

Jetzt sind wir zweieinhalb Jahre weiter und die Diskussion ist neu aus dem Grund, den Sie gerade sagten. Im Vergleich zu Polen, übrigens auch zu den Niederlanden, arbeiten hier zu wenig Ukrainer. Das hat mehrere Gründe. Erstens mal müssen wir in der Tat nicht nur fördern, sondern auch fordern. Dann erlebe ich in den Kommunen, in denen ich mich bewegt habe, dass durchaus der Wille da ist, gerade was Frauen betrifft, die Kinderversorgung aber problematisch ist. Das heißt, dass wir im Grunde genommen in der Lage sein müssen – und jetzt schaue ich auf die Kommunen, auf die Städte, auf die Länder -, dass mehr Ukrainer in Arbeit müssen. Das ist absolut richtig. Die Diskussion, die wir jetzt führen, ist eine grundsätzliche bei dem Bürgergeld, nämlich inwieweit ist beim Bürgergeld, so wie es in gutem Glauben verabschiedet wurde, das Lohnabstandsgebot noch gewährleistet, dass der, der nicht arbeitet, relativ gesehen mehr bekommt als der, der arbeitet. Da sagt der Generalsekretär richtig, dass wir darüber sprechen müssen, aber das runterzuberechnen bei allem Respekt auf Flüchtlinge, die gekommen sind, um wirklich dem Krieg zu entfliehen, das finde ich einfach bizarr und schrecklich in dieser Sache.

Heckmann: Aber das fordert doch Ihre Partei.

Strack-Zimmermann: Schauen Sie mal, Herr Heckmann. Es geht doch gerade um etwas, was wirklich zutiefst schrecklich ist. Wir stehen im September vor drei Wahlen in den neuen deutschen Bundesländern und die CDU/CSU treibt es um und versucht jetzt, das Sprechen der AfD zu nutzen, um möglicherweise Wähler, die die AfD im Osten wählen wollen, zu sich zu ziehen. Das wird nicht gelingen! Das sage ich Ihnen gleich!

Heckmann: Aber auch Ihr Generalsekretär fordert ja die Herausnahme der ukrainischen Flüchtlinge aus dem Bürgergeld.

Strack-Zimmermann: Ich habe doch gerade gesagt, lassen Sie mich den Gedanken zu Ende führen. Das eine ist, dass wir darüber diskutieren, grundsätzlich, ob das Bürgergeld nicht zu hoch angesetzt ist im Vergleich zu den Menschen, die in Arbeit sind. Die Diskussion darf und muss und sollte geführt werden.

Heckmann: Aber er hat sich doch speziell auf die ukrainischen Flüchtlinge bezogen und nicht insgesamt.

Strack-Zimmermann: Ich kann Ihnen nur sagen, Sie fragen mich persönlich: Wenn wir über das Bürgergeld sprechen, ist dies das eine. Das andere sind die ukrainischen Flüchtlinge. Und ich kann nur sagen, Deutschland ist aufgefordert, in den Ländern und in den Kommunen Anreize zu schaffen, dass die Ukrainer in Arbeit kommen. Dafür müssen die Kommunen es schaffen – und das ist nicht profan, ich habe lang genug Kommunalpolitik gemacht -, dass deren Kinder versorgt sind, damit die Frauen vor allen Dingen (es sind ja relativ viele Frauen, die gekommen sind) in Arbeitsverhältnisse kommen. Denn das genug Arbeit da ist, ist gar keine Frage. Die Ukrainer sind übrigens auch alle sehr gut ausgebildet. Das heißt, der Bedarf ist da; jetzt müssen wir doch dafür sorgen, dass sie die Möglichkeit haben, und dann muss man in der Tat nicht nur fördern, sprich Geld, sondern auch einfordern, dass die Ukrainer mehr arbeiten, weil das in anderen Ländern auch funktioniert. Das ist eine Diskussion, die müssen wir in der Tat führen, weil das können Sie auch, je länger der Krieg geht, Menschen gar nicht erklären. Aber ich möchte noch mal darauf hinweisen: Diskussionen zu führen – das hat ja schon die SPD im Europawahlkampf gemacht mit Plakaten für Maß, Mitte und Frieden, wo versucht wurde, auf dem Rücken der Menschen, die vor Krieg, Vergewaltigung, Verschleppung geflohen sind, Politik zu machen. Wenn Sie mich fragen, ich werde das nicht mittragen. Aber ich werde mittragen, dass wir die Fragen über das Bürgergeld zwingend führen müssen, weil es genug Menschen in Deutschland gibt, die diesbezüglich das als ungerecht erachten. Und noch mal: Wenn wir anfangen, die Terminologie der AfD zu nutzen in der Hoffnung, dann Stimmen zu bekommen, so wird das nicht funktionieren. Im Gegenteil! Die AfD und deren Überlegungen werden getriggert und werden gestärkt. Das haben wir ja auch gerade bei den Ergebnissen der Europawahl sehen müssen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.